

Die eventuell, aber nicht potenziell verfassungswidrige NPD

VB verfassungsblog.de/die-eventuell-aber-nicht-potenziell-verfassungswidrige-npd/

Maximilian Steinbeis Di 17 Jan 2017

Di 17 Jan
2017

So viel ist immerhin klar: Jawohl, die NPD ist verfassungsfeindlich. Sie kämpft für das Ziel, die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen oder zu beeinträchtigen (Art. 21 Abs. 2 GG). In der von ihr angestrebten "Volksgemeinschaft", in der nur Angehörige der deutschen Ethnie Angehörige des deutschen Staates sein können, gibt es keine Menschenwürde, keine Demokratie und keinen Rechtsstaat. Das sagt sie nicht nur so, das meint sie. Das will sie, und zwar planmäßig. Das hat das Bundesverfassungsgericht heute in erster und letzter Tatsacheninstanz [festgestellt](#).

Sie ist also verfassungsfeindlich. Aber ist sie auch verfassungswidrig? Das ist sie nicht, so das BVerfG. Denn sie will ja nur, kann aber nicht. Sie ist zu schwach, zu jämmerlich, zu unbedeutend. Zur Verfassungswidrigkeit fehlt ihr zum Willen noch die Möglichkeit zur Verwirklichung desselben, die so genannte *Potentialität*, ein neuer Rechtsbegriff, über dessen Verortung zwischen Übermaßverbot und Gefahrenprognose noch viel zu streiten sein wird. Die NPD würde nur allzu gern "darauf ausgehen", die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen oder zu beeinträchtigen, wie Art. 21 ungelenkerweise formuliert, aber sie ist in Wahrheit gar nicht in der Lage dazu. Also ist sie (einstweilen) nicht verfassungswidrig, nicht verboten, nicht aufgelöst. Sie kann weitermachen.

Nur: womit?

Diese Linie, die der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts heute gezogen hat, genießt den großen Vorzug, dass sie das Problem der Vereinbarkeit des Parteiverbotsverfahrens in seiner bisherigen Form mit der Europäischen Menschenrechtskonvention abräumt. Der Straßburger Gerichtshof fordert bekanntlich, dass das Verbot einer Partei der von ihr ausgehenden Gefahr angemessen sein muss. Das wäre bei der marginalisierten Vollpfostenpartei NPD, die von eng begrenzten lokalen Ausnahmen abgesehen der Macht in dem halben Jahrhundert ihres Bestehens noch nie auch nur auf zehn Kilometer nahe zu kommen vermochte, womöglich nicht so richtig der Fall.

Worüber ich mir jetzt aber den Kopf zerbreche: was fangen wir mit einer solchen Wollen-aber-nicht-Können-Verfassungsfeindpartei jetzt an? Wie muss man sich das praktisch vorstellen? Macht das Bundesverfassungsgericht hier mit seinem neuen Tatbestandsmerkmal der Potentialität eine neue dritte Kategorie zwischen verfassungswidrig und nicht verfassungswidrig auf? Die eventuell, aber eben nicht potenziell verfassungswidrige Partei, brutzelnd im Fegefeuer ihres einstweiligen Nicht-Verbotenseins?

Parteienprivileg

Wie macht man aus diesem Fegefeuer heraus überhaupt Politik? Und wie stellt sich der Staat einer solchen Partei gegenüber auf? Muss ein Oberbürgermeister wirklich seine Stadthalle für einen NPD-Parteitag hergeben, bei dem für die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung getrommelt wird? Müssen wir das Werben für dieses Ziel wirklich mit öffentlichen Geldern subventionieren?

Die Antwort des BVerfG in RNr. 526 liest sich erst einmal eindeutig: Am Parteienprivileg ändert sich gar nichts. Solange eine Partei nicht verboten ist, genießt sie die gleichen Rechte wie jede andere Partei auch, und der Innenminister darf vielleicht mit den Zähnen knirschen, aber nichts gegen sie tun (außer einen neuen Verbotsantrag zu formulieren).

Bis zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht ist ein administratives Einschreiten gegen den Bestand einer politischen Partei schlechthin

ausgeschlossen, mag diese sich gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch noch so feindlich verhalten (...). Die Partei darf zwar politisch bekämpft werden, sie soll aber in ihrer politischen Aktivität von jeder Behinderung frei sein (...). Das Grundgesetz nimmt in seiner gegenwärtigen Form die Gefahr, die in der Tätigkeit einer Partei bis zur Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit liegt, um der politischen Freiheit willen in Kauf (...)

Aber wenn man das genauer liest, kommt man ins Grübeln: Die Exekutive darf gegen den "Bestand" der Partei nichts unternehmen – heißt das im Gegenzug vielleicht, dass es unterhalb dieser Schwelle Spielräume gibt? Und was heißt "soll" – weniger als "muss"? Sie darf politisch bekämpft werden – gilt das auch für den Innenminister? Wie kämpft man überhaupt *politisch* gegen eine Partei, deren Politik aus dem Schmieden einer großen Abrissbirne für die Bedingungen der Möglichkeit politischer Auseinandersetzung unter Freien und Gleichen besteht?

Den letzten Satz dieser Randnummer ("Grundgesetz ... in seiner *gegenwärtigen Form*") kann man vielleicht als Indiz lesen, dass der Senat die Antwort gern dem verfassungsändernden Gesetzgeber zuspielen würde. Der müsste dann die Verantwortung dafür übernehmen, dass der Staat dann künftig unterhalb der Schwelle des Verbotsverfahrens die Parteien und damit die Willensbildung des Volkes regulieren kann, und wie. Ich glaube kaum, dass er das gerne tun wird.

Nein, das Problem wird vermutlich dann halt doch auf administrativer Ebene gelöst. Was das Parteienprivileg der nicht verbotenen NPD noch wert ist, wird jetzt allorten ausgetestet (wird es ja eh schon) und geht dann erst mal durch die Verwaltungsgerichtsinstanzen. Und irgendwann landen dieser Fälle wieder in Karlsruhe und können dann ohne die Formzwänge des Parteiverbotsverfahrens gelöst werden, mit ein bisschen Verhältnismäßigkeitsprüfung hier und ein bisschen Beurteilungsspielraum da, und dann wird das schon.

Feindbestimmung

Das Bundesverfassungsgericht kann gar nichts dafür. Das hat sich dieses Verfahren nicht bestellt. Das war die Idee der Landes-Innenminister. Die hatten geglaubt, sich einen Nachweis ihrer Tatkraft im Kampf gegen den Rechtsextremismus abholen zu können. Das ist schief gegangen.

Womöglich war es aber auch ganz generell ein Fehler, dieses Werkzeug der politischen Feindbestimmung aus der verfassungsrechtlichen Versenkung zu holen. Feindbestimmung ist immer toll, um die Fronten zu klären, das Eigene vom Fremden zu scheiden und eine Linie in den Sand zu ziehen: hie Welf, hie Waibling! Hier sind wir, und die da, die gehören nicht zu uns! Das war es wohl, was den Innenministern an der Idee so gut gefallen hat.

Umgekehrt schafft diese Linie aber immer auch neue Möglichkeiten, sie auszureizen. Man kann sich hinstellen und einen Zeh über die Linie drüberschieben. Einen Fuß. Einen ganzen Schritt. Was passiert? Wie reagiert derjenige, der sie gezogen hat?

Was sagen wir jetzt denjenigen, die das deutsche Volk nicht direkt ethnisch im Bluts- und Stammesverbandssinne, aber trotzdem natur- und wesenhaft definieren, "kulturell" nämlich nach dem Motto, wer Hölderlin nicht mit der Muttermilch eingesogen hat, wird nie ein richtiger Deutscher sein? Was sagen wir denjenigen, die sagen, sie hätten den höchsten Respekt vor anderen Völkern, würden ihnen aber nur zur Wahrung ihrer eigenen ethno-kulturellen Identität warm empfehlen, unter sich und möglichst unvermischt zu bleiben? Was sagen wir denjenigen, die Deutsche mit dunkler Haut natürlich nicht deportieren, aber doch anders behandelt sehen möchten als solche mit heller, etwa in Bezug auf die an sie gerichteten Anpassungsforderungen an eine als ihnen fremd definierte "Leitkultur"? Alles diesseits der Linie? Alles eine Frage politischer Auseinandersetzung zwischen widerstreitenden, aber gleichermaßen legitimen Interessen?

Das Gegenteil von Feindbestimmung ist nicht Toleranz und Gewährenlassen und Liebhaben. Sondern Rechte einfordern. Auf Wahrgenommen-, Anerkannt- und Zugelassenwerden, auf Zulassen der Möglichkeit meines So-Seins zu bestehen. Den anderen zum Auf- und nicht zum Herunterklappen des Visiers zu bringen. Auch ein Kampf, aber ein ganz anderer. Das ist der Kampf, den wir führen sollten.

LICENSED UNDER CC BY NC ND

SUGGESTED CITATION Steinbeis, Maximilian: *Die eventuell, aber nicht potenziell verfassungswidrige NPD*, *VerfBlog*, 2017/1/17, <http://verfassungsblog.de/die-eventuell-aber-nicht-potenziell-verfassungswidrige-npd/>.